

Perspektiven

radikaler Umweltschutzarbeit

Nr. 3:

Ökonomie von unten

Alternativen zum Kapitalismus

Autor: Jörg Bergstedt

Institut für Ökologie, Fachbereich "Wirtschaft und Politik"

Materialien zur Perspektivendiskussion:

- Papier Nr. 1: Strategien für Umweltgruppen, 2 DM (jeweils plus Porto)
- Papier Nr. 2: Radikal leben (Entwürfe für alternative Lebensprojekte), 2 DM
- Papier Nr. 3: Ökonomie von unten (Alternativen zum Kapitalismus), 2 DM
- Ö-Punkte: Vierteljährlicher Infodienst für UmweltschützerInnen (mit Themenbereich "Perspektiven"), 5 DM einzeln bzw. 20 DM/Jahresabo
- Perspektivenrundbrief, 3 DM (Abo ca. 4-8 Hefte, einschl. "Ö-Punkte", 40 DM/Jahr)

Info: Büchertisch, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen – Saasen

Perspektiven

radikaler Umweltschutzarbeit

Zusammengestellt von Jörg Bergstedt
Post: Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen – Saasen, Tel. 06401/90328 – 3, Fax – 5
projektwerkstatt__sa@apg.wwbnet.de

Die Idee

Politische Bewegungen insgesamt sowie die Umweltbewegung im speziellen (und besonders ausgeprägt) handeln zu großen Teilen nicht mehr nach eigenen Zielen und Positionen, sondern danach, wo sich imageträchtige Erfolge erzielen lassen, wo Geldquellen und Kontaktebenen bestehen und wo ohne Widerstand und klaren Forderungen die Teilhabe an den Tischen der Mächtigen in Aussicht steht. Die Entwicklung der letzten Jahre, weg von der Konfrontation hin zu unverbindlichen Kooperationschienen (Lobbyarbeit, Agenda usw.), steht in krassem Mißverhältnis zur aktuellen Politik der globalisierten Ausbeutung und Zerstörung, der Deregulierung und der Priorität von Wirtschaftsinteressen vor denen der Menschen und der Umwelt.

Die aktuellen Konzepte des Umweltschutzes sind keine adäquate Antwort auf die Entfesselung eines globalen Kapitalismus, sondern eher die bedingungslose Kapitulation und das Sich-Zufriedengeben mit Aktivitäten, die eher der Beschäftigung oder Imageerfolgen als konkreter politischer Veränderung dienen. Das, was sich "alternative Ökonomie" nennt, ist zudem meist nur ein Weg, sich selbst im bestehenden Kapitalismus besser einzurichten. Fast immer gelten die kapitalistischen Prinzipien fort.

Unter dem Titel "Perspektiven radikaler Umweltschutzarbeit" soll dem Trend zu inhaltsleerer Lobbyarbeit oder kurzfristigen Aktionen etwas entgegengesetzt werden. Es ist an der Zeit, wieder klare Ziele zu formulieren, Forderungen abzuleiten und die Aktionsfähigkeit in der Gesellschaft zurückzugewinnen.

Umweltschutz ist nicht alles!

Die Diskussion nur über den Themenbereich "Umwelt" zu führen, ist schon ein Fehler. Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen haben gleiche Ursachen wie der rabiate Umgang mit der Natur. Beides entsteht dort, wo Ellbogenmentalität, Machtstrukturen und Unterdrückungsmittel es möglich machen, daß sich einige auf Kosten anderer (oder eben der Umwelt) bereichern können. Dabei ändert der Austausch von Einzelpersonen ebensowenig wie der Versuch, in Detailpunkten irgendwelche Grenzen ziehen zu wollen. Ziel aller Gruppen, die die bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen zugunsten eines gleichberechtigten, gerechten und ökologischen Zusammenlebens verbessern wollen, müßte die Änderung der zentralen Strukturen sein. Umweltschutz ist ebensowenig separat zu lösen wie andere soziale Fragen.

Dennoch gibt es einen Grund, die Debatte in Umweltschutzgruppen und –organisationen zu führen, der ausschließlich pragmatischer Natur ist. Es ist eine direkte Folge fehlender Perspektiven und Positionen in allen Bereichen der Gesellschaft, daß zwischen den Gruppen mit verschiedenen Themen kaum ein Austausch besteht. Daher ist es zur Zeit nicht möglich, eine übergreifende Diskussion ingangzubringen ... jedenfalls nicht, solange sich nicht einiges geändert hat und Scheuklappen verschwunden sind.

Prozeß statt Dogma

Das hier vorliegende Papier ist kein Abschluß. Den meisten UmweltschützerInnen sind seit langem klare Ziele und Positionen verlorengegangen. Anpassung, Orientierungslosigkeit bis zum Abdriften in staatsnahe, ökofaschistische oder esoterische Richtungen sind die Folge. "Perspektiven radikaler Umweltschutzarbeit" soll ein Prozeß sein, an dem hoffentlich viele mitstricken. Um die Übersichtlichkeit und Konkretheit der Perspektiven zu verbessern, gibt es verschiedene Themenstränge. Ihnen gemeinsam ist, daß im Mittelpunkt neben dem direkten Austausch, der Diskussion von Beispielen und der Situationsanalyse und –kritik jeweils ein Perspektivenpapier steht, an dem ständig gearbeitet wird. Dieses Papier hier ist also zu einem der Themen und stellt den Stand der Diskussion zu einem bestimmten Zeitpunkt dar. Es dient dazu, sich an den Formulierungen zu reiben, zu kritisieren, zu ergänzen und weiterzutreiben. Varianten können beschrieben werden, wo verschiedene Wege denkbar sind.

Insofern ist dieser Vorspann eine Einladung ... das folgende Papier nicht nur zu lesen, sondern auch zu kritisieren und weitere Vorschläge zu machen. Und es ist eine Einladung, sich überhaupt am Prozeß zu beteiligen der läuft schriftlich und direkt, d.h. es gibt in losem Abstand Diskussionstreffen und Seminare zum Thema.

Die Debatten über ökonomische Strategien unterliegen einem grundsätzlichen Fehler: Der Ökonomie wird ein Selbstzweck zuerkannt. Je nach politischer Richtung gibt es die Forderung nach Liberalisierung des Marktes und Wirtschaftswachstum um jeden Preis oder die nach einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen, z.B. der Energie. Die Diskussion entspringt nicht den Fragestellungen: Was ist für die Menschen gut und für eine menschen- und umweltgerechte Gesellschaft sinnvoll? Ist das Wirtschaften als solches, d.h. die Existenz von Betrieben, deren Produktion unabhängig von Bedürfnissen oder dem Willen der Menschen besteht, überhaupt legitim?

Besonders deutlich wird das bei der Frage nach Arbeitsplätzen. Die Forderung nach neuen Arbeitsplätzen wird vom gesamten etablierten bürgerlichen Spektrum erhoben – einige benutzen das Argument, um wirtschaftsfreundliche Gesetze durchzudrücken, andere meinen es ernst und halten Arbeitsplätze (bzw. Arbeit als solches) für etwas Gutes. Warum und wofür? Das fragt keine R. Matthias Berninger, grüner Bundestagsabgeordneter, entwickelt Ausbildungsmodelle. Sein Ziel (so auch formuliert): Qualifizierte Arbeitskräfte für den Arbeitsmarkt. Nachwuchs für Siemens, RWE und Daimler-Benz ...

Wozu sind Arbeitsplätze nötig (also Orte, an denen ArbeitnehmerInnen gegen Geld ihre Kraft an etwas verkaufen, was sie in der Regel gar nicht oder höchstens zu kleinen Teilen wollen oder beeinflussen können)? Was soll Arbeit? Ist in einer Gesellschaft, in der die Menschen frei sind und das tun, wovon sie individuell oder als Gruppe überzeugt sind und deshalb aus freier Entscheidung tun, noch Platz für Arbeitsplätze?

Ökonomie kann nicht sinnvoll als solche diskutiert werden (sonst ergibt sich immer nur eine Effizienzdiskussion). "Wirtschaften" ist Teil gesellschaftlicher Tätigkeit. Ob "Wirtschaften" überhaupt nötig ist (und wenn ja, dann wie?) muß politisch diskutiert und entschieden werden. Die Debatte um Arbeitsplätze zeigt, daß politische Visionen und Konzepte fehlen. Arbeitsplätze werden gefordert, ohne daß jemand sagt, warum es einen Wert darstellt, wenn Menschen gegen Geld etwas tun, was sie sonst nicht tun würden. Es ist Zeitgeist, Realpolitik zu machen, ohne Ziele zu haben. Das machen (fast) alle. Die PolitikerInnen nennen es "Realpolitik", in der alternativen Szene heißt dasselbe Herumwursteln ohne klare Positionen "Der Weg ist das Ziel".

Um ökonomische Konzepte (einschließlich der Nullvariante, d.h. es findet keine Ökonomie statt) entwickeln und beurteilen zu wollen, müssen politische Modelle entstehen. "Wirtschaften" ist dann legitimiert, wenn es dazu dient, gesellschaftliche Ziele zu erreichen. Ohne einen politischen Wert, d.h. ein Ziel, gibt es keine Legitimation für das Wirtschaften bzw. bestimmte Formen des Wirtschaftens.

Daher heißt die zentrale Forderung: Keine Ökonomiedebatte ohne politische Ziele und Positionen! Wenn die gesellschaftlichen Zielbilder ökonomischer Konzepte sichtbar werden, entlarven sich auch die Vorschläge des Neoliberalismus oder der Nachhaltigkeit als Strategien, Konzernvorteile und ökonomische Gesetzmäßigkeiten über gesellschaftliche, politische Ziele zu stellen und den Wirtschaftsmächtigen die möglichst dauerhafte ("nachhaltige") Kontrolle über das Geschehen der Welt zu geben. Menschen und soziale Strukturen werden zum "Arbeitsmaterial" der Wirtschaftsprozesse. Gesundheit wird zum Ziel, weil die Arbeitskraft erhalten bleiben muß. Nachhaltigkeit wird zum Ziel, damit die Ressourcen nicht ausgehen. Die Menschen oder der Schutz der Umwelt fehlen.

Ökonomie von unten heißt vor allem der Kampf gegen die Ökonomisierung der Gesellschaft und des Alltags. Selbstbestimmtes Leben ist nur möglich, wenn die ökonomischen Zwänge verschwinden, wenigstens aber reduziert werden. Die Priorität muß heißen: Erst der Mensch, denn die Gesellschaft (politisches Leben) und dann die Wirtschaft.

Die aktuelle Debatte

Die aktuell diskutierten Vorschläge für eine Stärkung bzw. Änderung der Wirtschaftsweise sind allesamt untauglich, die Umweltzerstörung, die Ausbeutung von Menschen (Trikont, Kinder und Jugendliche, Frauen, aber auch viele Männer) oder die zunehmende Arbeitslosigkeit zu stoppen. Im Einzelnen ist zu ihnen zu sagen:

Deregulierung und Entlastung: Dieses von Bundesregierung, BDI, DIHT und einzelnen Großkonzernen favorisierte Modell behauptet, daß Beteiligungsrechte, Umweltschutzaufgaben, hohe Lohnnebenkosten usw. die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie beeinträchtigen, folglich deren Abbau ein Konzept zum Wirtschaftsaufschwung und zur Schaffung von Arbeitsplätzen ist. Diese Auffassung ist falsch. Zum einen ist die Industrie im internationalen Wettbewerb zur Zeit so konkurrenzfähig wie noch nie, was widerlegt, daß überhaupt Maßnahmen zur Steigerung derselben notwendig sind. Zum zweiten sind die Folgen dieser Wirtschaftsstärke keineswegs positiv. Sowohl bei der Unterdrückung von Menschen, bei der Zerstörung der Umwelt wie auch, besonders bemerkenswert, beim Abbau von Arbeitsplätzen hatte eine hohe Leistungsfähigkeit der Wirtschaft immer nur negative Effekte. Letzteres liegt daran, daß eine hohe Kapitalmenge für Rationalisierungen eingesetzt wurde – und die zerstören Arbeitsplätze. Zudem bedeuten solche Investitionen bis hin zum Bau neuer, moderner Industrieanlagen "auf der grünen Wiese" oder im Trikont eine erhebliche Umweltbelastung. Die finanzstarken Großkonzerne sind die größten Unterdrücker, die größten Umweltzerstörer und die größten Vernichter von Arbeitsplätzen. Und sie haben am meisten Geld. Beides gehört also zusammen.

Als gewichtiger Nebenaspekt ist noch darauf hinzuweisen, daß die Deregulierung vor allem die Bürgerbeteiligungsrechte aushöhlt, stärker sogar als die Umweltschutzregelungen. Insofern stellt sie vor allem eine Entdemokratisierung und eine Stärkung der Industrie gegen über den BürgerInnen dar. Die Mächtigen sichern ihre Macht ab.

Selbstverpflichtungserklärungen der Regierungen und der Wirtschaft ersetzen bisherige Standards, Vorgaben und tragen so zusammen mit der Deregulierung zur Abschaffung von Gesetzen bei. Bekannt sind verschiedene Selbstverpflichtungserklärungen der Großindustrie gegenüber der Bundesregierung. So konnte die Indu-



strielobby mit freiwilligen Leistungen Zwangsmaßnahmen zur Verhinderung der Müllflut abwehren – das Ergebnis war der "Grüne Punkt". Die Deregulierung von Umweltschutzstandards wurde mit der Ankündigung der Industrie erkaufte, innerhalb einer bestimmten Frist die produktspezifische CO₂-Abgabe um 20% zu verringern. Diese Selbstverpflichtung bedeutet keine Verringerung des CO₂-Ausstosses insgesamt, sondern nur pro Produkteinheit. Diese effizientere Produktion ist schon aus Kostengründen ohnehin Ziel der Industrie und in einer vergleichbaren Zeitspanne in der Vergangenheit sogar noch wirksamer auch ohne Selbstverpflichtung geschehen. Somit nutzt die Industrie etwas, was sie ohnehin tun will und wird, um lästige Gesetze loszuwerden. Dieser Prozeß wird von prominenten UmweltschützerInnen unterstützt (z.B. E.U. von Weizsäcker mit seiner "Effizienzrevolution"). Wenn aber pro Produkteinheit 20% weniger CO₂ entsteht, in der gleichen Zeit jedoch die Gesamtproduktion ebenso oder sogar stärker steigt, ist gar nichts gewonnen. Und schon gar nicht in die Richtung, die unstrittig nötig ist: Die Umweltbelastung muß nach der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" in diesem Land um 4/5 gesenkt werden.

Nachhaltige Wirtschaftsformen: Diese durch Konferenzen der Vereinten Nationen (vor allem 1992 in Rio) populär gewordene Zielvorgabe wurde in Deutschland durch das Buch "Zukunftsfähiges Deutschland" präzisiert und ist heute sowohl in den Umweltverbänden wie auch in vielen Institutionen, Firmen und den Regierungen als Ziel anerkannt. Allerdings ist die inhaltliche Qualität der vorliegenden Konzepte und Untersuchungen mehr als dürftig. So stellt das Buch "Zukunftsfähiges Deutschland" eine wissenschaftlich wenig fundierte und in den Forderungen sehr zurückhaltende Liste von Allgemeinplätzen dar, die viele Fragen ausblendet. Bei der Präsentation der Studie bescheinigte daher Angela Merkel folgerichtig der Studie den "Atem des Machbaren". Alles daraus ist problemlos machbar, weil gar keine konsequenten Forderungen aufgestellt werden. Das durchzieht die gesamte Diskussion. Konkrete Positionen sind Mangelware und etliche wesentliche Problemfelder wie die Herrschaftsstrukturen, die Logik einer auf Ausbeutung von Mensch und Natur gestützten Wirtschaft, der fehlenden Beteiligung von BürgerInnen an den politischen Entscheidungen usw. werden gar nicht erst aufgegriffen.

Ein wesentlicher Ursprung der Nachhaltigkeitsdebatte war die Umweltkonferenz von Rio 1992 mit dem Abschlußdokument "Agenda 21". Die fordert u.a. den Ausbau der Atomenergie, Gentechnik und die Stärkung der Privatwirtschaft, wobei die Formulierungen zur Stärkung gerade der multinationalen Konzerne ähnliche Forderungen enthalten wie sie jetzt im MAI-Abkommen umgesetzt werden sollen. Hinzu kommen rassistisch-imperialistische Forderungen der Art, daß UreinwohnerInnen an den Lebensstil der Nachhaltigkeit "angepaßt" werden sollen.

Alle beschriebenen Diskussionen verfolgen eine Teilveränderung wirtschaftlichen Handelns (zum Teil auch den Machtgewinn von Konzernen). Sie festigen aber insgesamt das "Diktat der Ökonomie", also die wirtschaftlichen Zwänge und Regeln, denen die Menschen ausgesetzt sind und die die Selbstbestimmung eingrenzen.

Aus der Umweltschutzbewegung sowie aus großen Teil der Eine-Welt- und sozialen Gruppen kommen zur Zeit Vorschläge, die sogar oft eine Verschlimmerung umweltzerstörender Wirtschaftsweisen herbeiführen würden. Zum einen wird ohne präzise Festlegungen für ein nachhaltiges Wirtschaften plädiert trotz der bereits beschriebenen Mängel, zum anderen zeigen auch die wenigen konkreten Vorschläge, daß eher wirkungslose Detailänderungen als eine grundlegend andere Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik angestrebt werden. Viele der Vorschläge haben die gleichen Fehler und würden in der Sache Umweltschutz wenig oder gar nichts erreichen. Bemerkenswerterweise weisen viele in ihren Vorschlägen Zugeständnisse an die Großindustrie auf. Ist es ein Zufall, daß gleichzeitig Daimler, Ford, Lufthansa, BASF usw. Großsponsoren der deutschen Umweltverbände sind?

Ökologische Steuerreform: Vor allem 1993 und 1994 liefen umfangreiche Diskussionen um die Einführung einer Energiesteuer bzw. weiterer Steuern und Abgaben auf Umweltgüter, in denen eine lineare, d.h. gleichmäßige Steuer gefordert wurde, die ausgehend von einem niedrigen Eingangssatz berechenbar von Jahr zu Jahr ansteigen sollte. Nach anfänglich positiven Reaktionen scheiterte die Reform schließlich. 1997 nun startete der Deutsche Naturschutzring zusammen mit seinen 109 Mitgliedsverbänden (darunter der BUND, der NABU, der BBU, die Grüne Liga, Robin Wood usw.) eine neue Kampagne, allerdings mit veränderten Inhalten. Diesmal sollten die "energieintensiven Betriebe" nur einen Teil der Steuer zahlen. Energieintensiv sind aber vor allem die großen, rohstoffverschlingenden Industriezweige. Dennoch sollten sie von den gleichzeitigen Senkungen der Lohnnebenkosten profitieren. Das bedeutet, daß man die großen Umweltzerstörer gegenüber den umweltgerechteren Produktionsstätten und -methoden sowie den Privathaushalten bevorteilt. Die Entwicklung der Steuerreformvorschläge ist beachtlich: 1994 forderten die Umweltverbände eine lineare Energiesteuer. 1997 legten sie ihr neues Positionspapier vor, in dem die Ermäßigung für Großenergieverbraucher gefordert wird (in Begleittexten auf bis zu 80 Prozent fixiert). Im Frühjahr 1998 legten die Umweltverbände dann das Konzept in Buchform vor, wobei dort plötzlich von bis zu 90 Prozent Rabatt die Rede ist. Die GRÜNEN haben sehr ähnliche Anträge für eine Steuerreform eingebracht. Was verschwiegen wird: Die Ökosteuer stärkt die Vorherrschaft der Ökonomie. Nicht mehr die Parlamente (die Menschen ja sowie nicht!) entscheiden in Zukunft über den Verbrauch von Rohstoffen und die Belastung der Umwelt, sondern das Geld. die Ökosteuer steigert die Macht der großen Konzerne über die Gesellschaft.

Lokale Agenda 21: Für viele Umweltgruppen vor Ort ist der Begriff "Agenda" zum Hauptinhalt geworden. Agendaprozesse sind "in". Von übergeordneten Ebenen wird dafür geworben. Offenbar ist die Agenda aber niemandem bekannt. Dabei sollte Mißtrauen ansetzen, wenn man bedenkt, daß StaatschefInnen wie Helmut Kohl und andere dieses Papier beschlossen haben. Nur drei Kapitel haben präzise Forderungen: Umgang mit Atommüll (unter Beibehaltung der Atomspaltung als Energieform), Förderung der Bio- und Gentechnologie, "Anpassung" von UreinwohnerInnen sowie Stärkung der Privatwirtschaft. Die Bürgerbeteiligung auf lokaler Ebene wird gar nicht gefordert, die Kommunen sollen lediglich einen Dialog mit Bürgern und Wirtschaft eingehen, um daraus Erkenntnisse für ihre Arbeit zu ziehen. Mehr nicht – aber daraus entstand der Mythos "Lokale Agenda". Es ist ein Papier, auf das sich alle berufen: Die Umweltverbände, die Mächtigen aus Politik und Wirtschaft, die Expo 2000 usw.

Umweltfreundliche Haushalte: Obwohl die Globalisierung deutlich umfangreichere Konflikte außerhalb des Einflußbereiches von Privathaushalten und damit der immer wieder benannten "Macht der VerbraucherInnen" schafft,

immer noch wird das individuelle Verhalten in den Vordergrund gerückt. Höhepunkte sind Trainings für umweltfreundliches Autofahren usw., die sogar von Umweltorganisationen angeboten werden. Auch wenn persönliches Verhalten wichtig ist, darf auf der politischen Ebene nicht übersehen werden, daß die "Macht der VerbraucherInnen" über Verhaltensänderungen nur im privaten Rahmen sehr begrenzt ist und ganz andere Rahmenbedingungen darüber entscheiden, wieweit Ausbeutung von Menschen und Zerstörung der Umwelt stattfinden.

Effizienzrevolution: Diese Theorie besagt, daß durch Weiterentwicklung von Technik der Rohstoff- und Energieeinsatz pro Materialeinheit gesenkt werden kann und dadurch eine Umweltentlastung eintritt. Dieser Vorschlag suggeriert, daß die Umweltprobleme ohne veränderte Lebensstile und Gesellschaftsstrukturen gelöst werden können. Abgesehen mal davon, daß Effizienzrevolution auf keinen Fall die Ungleichheiten zwischen Menschen überwindet, ist sie auch für ihren eigentlichen Zweck untauglich. Energie- und Rohstoffeinsparungen pro Materialeinheit werden immer nur prozentual gering ausfallen und ausgeglichen bzw. übertroffen werden durch den weiter anwachsenden Konsum (siehe aktuelle Zahlen des neuen Autokaufbooms in Deutschland). Außerdem lassen sie die ökologische oder gesellschaftliche Wirkung der Produkte außen vor. Energiesparend hergestellte Pestizide, die Gentechnik oder der Atomsprengkopf mit wiederverwerteten Eisenanteil sind das Zukunftsbild in diesem Sinne. So bezeichnete z.B. Ernst-Ulrich von Weizsäcker, geistiger Kopf der Nachhaltigkeitsdebatte, die Müllverbrennung als Beispiel der Effizienzrevolution.

Alternative Ökonomie: Vor allem auf lokaler Ebene, zum Teil aber überregional vernetzt, bildeten sich schon immer wirtschaftliche Zusammenschlüsse heraus, die sich bewußt mehr oder weniger weit vom herrschenden, kapitalistischen Wirtschaftssystem unterscheiden wollten. Beispiele sind Tauschringe, Food-Coops, Kommunen mit gemeinsamer Ökonomie und einiges mehr. Allerdings fällt schnell auf, daß sie jeweils nur Details verändern (z.B. den Einkauf von Lebensmitteln oder den Austausch einzelner Dienstleistungen), sich ansonsten in den normalen wirtschaftlichen Bezügen bewegen oder oft sogar in ihrer Strukturen den herrschenden Verhältnissen so anpassen, daß sie maximal von diesen profitieren. So sind Rechtsstruktur und Verhalten der meisten alternativen Projekte vor allem darauf ausgelegt, wie am besten Fördermittel vom Staat zu bekommen sind. Diese decken bei den meisten Projekten auch 50 Prozent und mehr der Einnahmen da ist kaum von "alternativer Ökonomie" zu sprechen.

Ethische Geldanlagen: Wer Geld hat, kann es arbeiten lassen. Statt für Rüstung und Großindustrie läßt es sich gezielt für umweltverträgliche oder andere Projekte einsetzen, wenn man es dem richtigen Geldinstitut gibt. Da in linken, bürgerlichen Kreisen zur Zeit erhebliche Geldreserven verfügbar sind, gründen sich zur Zeit ständig neue ethische Investmentfonds, Kapitalvermittlungsfirmen usw. Auch die Ökobanken bauen ihr Anlagegeschäft auf. Der Trend geht deutlich zu immer größeren Einheiten. Im Bereich der ethischen Geldanlagen herrschen ganz einfache, kapitalistische Prinzipien. Mitbestimmungsrechte, Entscheidungsstrukturen und oft sogar die Meinung der von einem Projekt (z.B. riesige Windenergieparks statt vieler kleiner mit Bezug zu angrenzenden Orten) Betroffenen werden mit Millionen übergangen.

"Dialog" zwischen Umwelt und Wirtschaft: Er läuft zwischen ungleichen Partnern. Die UmweltschützerInnen haben in den Gesprächen keinerlei Durchsetzungsfähigkeit. Ihr einziger Faustpfand, die bestehenden Umweltschutzgesetze, werden leichtfertig aufgegeben. Sinn würde nur machen: Erst wirksame freiwillige Vereinbarungen, dann Deregulierungen. Zur Zeit läuft es umgekehrt. Wenn aber erst alles dereguliert ist, gibt es für die Industrie gar keinen Grund mehr, Vereinbarungen zu treffen. Die Gespräche mit den UmweltschützerInnen dienen allein als Imagegewinn.

In allen beschriebenen Fällen gelten die Prinzipien der kapitalistischen Wirtschaft fort. Diese ergeben den Rahmen, der auch nicht in Frage gestellt wird – weder durch die Vorschläge noch durch politische Forderungen, die damit verbunden sind. Und noch viel schlimmer: Meistens wird die Macht der Wirtschaft sogar noch erhöht. Etliche Prozesse verlagern politische Forderungen in ökonomische Diskussionen. Die zur Zeit von Umwelt- und anderen Organisationen vorgebrachten Vorschläge sind ebenso wie die real existierenden "alternativen Ökonomien" gar keine Alternative zum ausbeutungsorientierten Wirtschaftssystem, sondern eine Ergänzung im Kleinen oder eine Behebung von Mängeln, die eher dazu führen würde, den Kapitalismus noch durchschlagender zu gestalten und auch die letzten verbliebenen Felder des Lebens zu "kommerzialisieren".

Die Herrschaft der Ökonomie

Die geltenden wirtschaftlichen Strukturen entstehen nicht von selbst. Unabhängig von der Frage, ob Marktwirtschaft sinnvoll ist oder nicht – sie existiert nicht. Die Dominanz großer Konzerne, die Abhängigkeit der Menschen mit ihrem Streben nach ArbeitnehmerInnenverhältnissen sowie die globalen Ausbeutungsverhältnisse sind nicht nur Folge zügelloser Wirtschaftsinteresse, sondern gezielt geschaffener Rahmenbedingungen, in denen diese Abhängigkeiten aufrechterhalten werden. Die Menschen sowie ihre frei geschaffenen Gemeinschaften werden gezielt in Abhängigkeit gebracht. Es ist höchst fraglich, ob der Kapitalismus als "Ökonomie von oben" überhaupt funktionieren würde ohne Unterdrückung der "Ökonomie von unten", d.h. des Selbstbestimmungsrechtes der Menschen auch im ökonomischen Bereich.

Insofern greift die Argumentation, in einer Marktwirtschaft würde es zu Ausbeutungserscheinungen kommen, zu kurz und ist auch als solches fraglich. Es gibt keine freie Gesellschaft und keinen freien Markt. Der Begriff "Markt" bezeichnet etwas, in dem viele Gesetze und Regelungen die Freiheit der Einzelnen zurückdrängen und den Großkonzernen den Weg freiräumen. Subsistenzwirtschaft (d.h. die Organisation des eigenen Lebens aus den eigenen Kräften bzw. in freiwilligen Vereinbarungen mit anderen Individuen) wird ebenso erschwert oder ganz verhindert wie die Gewerbefreiheit. Mächtige Zirkel herrschen über das Geschehen. Die "freie Marktwirtschaft" ist nichts als ein Tarnbegriff für Strukturen, in denen konsequent verhindert wird, daß "Ökonomie" von unten entstehen kann. Sie ist auch nicht "schuld", sondern die ökonomischen Strukturen in dieser Gesellschaft sind ein Machtmittel. Sie sind gezielt geschaffen worden von denen, die ihre Macht aufbauen, ausbauen bzw. verteidigen wollen.

6 a. Die Menschen in Abhängigkeit bringen

Die meisten Menschen sind VerursacherInnen und TäterInnen zugleich. Was treibt sie dazu, sich selbst und andere auszubeuten? Was ist es, daß sie so hoch ansiedeln, daß sie dafür die eigenen Lebensgrundlagen zerstört, andere Menschen und sich selbst schädigt oder gar tötet, daß er Tiere, Pflanzen und ganze Landschaften ausradiert und schließlich sich selbst der Zeit und Freiheit zum Leben beraubt, um stattdessen seine Kraft und Kreativität in den Dienst anderer zu stellen? Wie kann es geschehen, daß die Menschen auf ihre Selbstbestimmung verzichten und ihr Leben bzw. die Tagesabläufe von Menschen prägen lassen, die sie oft nicht einmal kennen?

Sicher gibt es auf diese Frage mehrere Antworten. Ein Grund allein kann kaum ausreichen, um das zu erklären. Ein wichtiger aber ist: Den Menschen wird die Chance genommen, Alternativen zu entwickeln – und zwar sowohl real als auch mental, d.h. die Menschen glauben, daß sie keine andere Wahl haben. Die Strukturen der Unfreiheit, die Selbstbestimmung entgegenstehen, sind u.a.:

Mythos Geld

In den herrschenden Verhältnissen ist der Mensch meist käuflich. In der Glorifizierung des Geld als Mittel, mit dem man alles machen kann, und in den Ängsten, die für den Fall eines geld(erwerbsarbeits)losen Lebens geschürt werden, steckt der Ansporn dafür, (fast) alles zu machen, um an Geld zu kommen. Geld wirkt oft wie eine Droge. Alle Anzeichen sind gleich den Abhängigkeiten von harten Drogen. Geldhaben wird zum Ziel, die Beschaffung zur wesentlichen Tagesbeschäftigung, bei größerer Gier oder Versagen auf legalem Weg kommt Gesetzesbruch hinzu (Beschaffungskriminalität), Geld ist ein optimales Mittel, Menschen in Scheinwelten zu versetzen oder sie gefügig zu machen. Und selbst die Dosissteigerung entspricht der harter Drogen: Je mehr man hat, desto mehr braucht man und desto zusätzlich mehr will man haben (Gier der Reichen).

Geld ist eine Bestechung von Menschen, Dinge zu tun, die sie sonst nicht tun würden, die sie also nicht tun wollen. Die Verfügbarkeit großer Menschenmassen ist für vieles notwendig, was ökonomisch zur Zeit verwirklicht wird, vor allem für den Aufbau von Großstrukturen wie die Kommunikations- und Transportwege, zentrale und große Industrieanlagen und Kraftwerke. Es wäre völlig unvorstellbar, daß Tausende von Menschen jemals in freiwilligen und gleichberechtigten Entscheidungsstrukturen auf die Idee kämen, sich für viele Jahre einer langweiligen und harten Arbeit hinzugeben, nur damit wenige Mächtige anschließend über Jahre Kasse machen könnten (z.B. beim Bau von Kraftwerken, Flughägen, Kanälen usw.).

Die Verfügbarkeit der Menschen durch Zahlung von Geld steigt mit der gezielten Schaffung von Ängsten durch Geldknappheit. Der Begriff Armut ist inzwischen ausschließlich auf die Menge verfügbaren Geldes zurückgestuft worden, obwohl zweifelsfrei ein Leben mit wenig Geld dann komfortabel und freier verlaufen könnte, wenn die Ängste und äußeren Zwänge wegfielen.

Karriere und Ruhm

Aus welchem Grunde auch immer, die meisten Menschen streben nach Auszeichnungen. Die erhoffen sich dadurch auch eine Hebung ihres sozialen Standes, d.h. auch der Verfügbarkeit von anderen Menschen. So streben sie höhere Posten an ihrer Arbeitsstelle oder in Vereinen an. Mit jedem Schritt erhöht sich die Zahl der ihnen Gefügigen – und ebenso weniger werden es "oben", auch wenn das keine praktische Bedeutung hat, da ohnehin immer nur wenige die unmittelbar Befehlerteilenden sind (direkte Vorgesetzte u.ä.). Ähnliche Wirkung wie die Karriere kann eine Ehrung haben, da durch auf der informellen Ebene (Ansehen des Geehrten und daher seine Möglichkeit, in machtausübenden Kreisen zu agieren, steigt. Für diejenigen, die andere ehren oder ihnen höhere Posten und Gehälter verschaffen, hat dieses Verhalten auch einen Sinn. Sie machen sich die von ihnen so geförderte Person ihnen selbst gegenüber gefügiger. Wer die Situation anderer verbessert, darf in der Regel auf eine Gegenleistung hoffen, denn nach dem Prinzip "Eine Hand wäscht die andere" funktioniert der Filz der Mächtigen.

Scheinzwänge, Drohungen und Repression

Offenbar reicht die Methode des "Zuckerbrotes" nicht. Wenn denjenigen, die sich nicht gefügig verhalten, nicht anderes droht als der Entzug des Privilegs, selbst gefügig machen zu können, wären offenbar etliche Menschen bereit, auf dieses Privileg zu verzichten. Stattdessen könnte Solidarität entstehen, eine Macht von unten, die das bestehende System gefährdet, weil sie sich ihrer eigenen Gefügigmachung entzieht. Kann diese Gruppen nicht durch ihr angebotene Privilegien wieder in das System integriert werden, kommt es zu Auseinandersetzungen, z.B. Streiks, gewalttätigen Demonstrationen, Sabotage usw.

Um solchen Prozessen von Beginn den Boden zu entziehen, tritt neben die "Bestechung" durch Geld und Karriere die Drohung für den Fall der Verweigerung. Wichtig ist dabei, daß die Drohung gegen Einzelpersonen eingesetzt werden. Auch hier hat die Politik aus der Vergangenheit gelernt. Wo Gruppen ausgegrenzt und pauschal verurteilt werden, kann eine Solidarisierung stattfinden. Daher greifen PolitikerInnen und Medien bei Demonstrationen immer wieder kleine Teilgruppen heraus. Gesetze schreiben vor, daß bei jeder Aktion (Infostand, Veröffentlichung, Demonstration) immer eine oder maximal zwei Personen verantwortlich sind. Im Nachhinein können Rädelsführerschaften konstruiert werden. Das alles dient der Zerschlagung von Solidarität. Bei fast allen politischen Auseinandersetzungen der heutigen Zeit wird die Mehrheit der KritikerInnen gelobt (Versuch der Reintegration), die (oft radikale) Minderheit dagegen angegriffen. Meistens klappt die Strategie: Die Mehrheit distanziiert sich von der Minderheit. Bewährt ist die Methode von Arbeitskämpfen, Anti-Atomdemonstrationen usw. Der ausgegrenzten Minderheit droht erheblicher Nachteil: Soziale Abstufung, Arbeitsplatz- und damit Geldverlust, Entehrung durch Niedermache in den Medien, Verhaftung, Mißhandlung bzw., bei Nicht-Deutschen, Abschiebung in den Tod usw.

Zu den direkten Drohungen treten allgemeine Angstbilder, die gezielt gestreut werden. "Dann gehen die Lichter aus", "Arbeitsplätze in Gefahr", "Abwanderung ins Ausland" usw. sind klassische Drohungen, die eine soziale Angst streuen sollen, um zu verhindern, daß Vorschläge zur Veränderung des politischen Systems im allgemeinen oder des ökonomischen im speziellen durchsetzungsfähig werden. Vollkommen irre erscheint, daß von Seiten der Mächtigen sogar in der Regel eine Doppelstrategie gefahren wird: Verteufelung der Neuanschläge und der sie einbringenden Personen verbunden mit der Verwirklichung von Teilen der Vorschläge, um das eigene Interesse am Allgemeinwohl vorzutauschen. Die Mächtigen tun damit Dinge, die sie selbst verteufeln – und niemand scheint diesen Widerspruch zu bemerken. Die Gutgläubigkeit aus dem Gerne-Glauben-wollen, die Gefügigkeit gegenüber denen, die "oben" sind, und die eigene Neigung, andere gerne gefügig zu machen oder der sozialen Ausgrenzung anderer zuzustimmen, führen zur Akzeptanz selbst offensichtlicher Widersprüche.

Zerstörung der Autonomie und Selbstversorgung

Wichtig ist, die Menschen in einer ausweglosen Situation zu halten. Es darf nicht möglich sein, sich wirtschaftlich auch ohne die Einbindung in das Gesamtsystem halten zu können. Das gilt für die Individuen (einzelne Menschen, die Nahrungsmittel, Wasser, Energie usw. brauchen) genauso wie für Gruppen und Zusammenschlüsse wie Vereine, die ohne Förderungen nicht auskommen, oder Gemeinden, die ohne Energielieferung von außen nicht leben können. Die wichtigste Maßnahme ist die Zerstörung der Subsistenzwirtschaft, also der Eigenversorgung von Menschen, Familien oder Dörfern mit dem, was unmittelbar zum Leben wichtig ist. Produktion für andere oder Handeln sind dort unwichtig. Menschen, die in dieser Form leben, sind nicht gezwungen, sich in Wirtschaftsbeziehungen einbinden zu lassen. Mit der gezielten Zerstörung von Subsistenzwirtschaften (Enteignung, Zerstörung der Lebensräume durch Vergiftung oder Großprojekte, Entzug von Arbeitskräften durch Militärdienst und andere Zwangsmaßnahmen) sowie der Bedürfniswecken gegenüber Produkten, die selbst nicht hergestellt werden können, werden Stück für Stück alle Orte und Menschen der Erde zum Teil eines alle umfassenden Weltwirtschaftssystems, bei dem jeder einen kleinen, vorgedachten Arbeitsauftrag ausfüllt. Große Teile der Menschheit arbeiten dabei nur noch für andere, nie mehr für sich selbst. Dafür erhalten sie Geld, von dem sie (wenn überhaupt) ihr Überleben sichern können. Sie arbeiten teilweise in der Produktion hochmoderner Geräte, ohne jemals auch nur ein einziges selbst nutzen zu können. Für sie bleibt all das nur, um das nötige Essen zu kaufen – ein riesiger und oft nicht ausreichender Aufwand, um nur das gleiche zu erreichen wie mit der Subsistenzwirtschaft: Etwas zu Essen zu haben. Für die Reichen, d.h. Mächtigen (Macht durch Geld) dieser Welt bedeutet diese Veränderung viel, denn die technischen Produkte, die Kleidung usw. sind für sie. Sie sind billig produziert, so daß das Geld der Menschen in den Industrieländern für mehr reicht, d.h. es stellt mehr Macht dar über die Menschen, die dafür arbeiten. In den Industrienationen gibt es gar nicht mehr genügend Menschen, die zu solcher Arbeit ausgebeutet werden könnten, also müssen die Arbeitskräfte in den armen Ländern abgeschöpft werden, in dem man ihre Eigenversorgung zerstört und sie so gefügig macht.

Doch selbst in den Industrienationen wird die Selbstversorgungsfähigkeit erschwert, obwohl hier das Interesse an der Abhängigkeit der Menschen geringer ist, schließlich gibt es ja genug billige Arbeitskraft auf dem internationalen "Markt". Dennoch: Soziale Selbsthilfeprojekte, autonome Zentren, eigenständige Mini-Ökonomien und vieles mehr werden auch in Deutschland schikaniert – wenn auch die Härte nachgelassen hat, seit klar ist, daß die internationale Unterdrückung die deutschen ArbeitnehmerInnen in vielen Arbeitsbereichen überflüssig, weil ersetzbar macht.

Angst von dem Neuen und Sicherheitsstreben

Der relative soziale Aufstieg der meisten Deutschen von den ausgebeuteten ArbeitnehmerInnen zu einem Status, wo sie selbst auch ausbeuten können, hat die Kritikfähigkeit gestärkt. Obwohl die Deutschen so reich sind wie nie zuvor, sie sind auch mit der politischen Lage so unzufrieden wie nie zuvor. Grund ist die zunehmende Nischenbildung: An Stammtischen, in den Familien oder Vereinen wird viel und heftig über die Mächtigen geschimpft. Darauf entsteht jedoch kaum Gegenwehr. Letztlich fühlen sich alle in der Abhängigkeit des Systems, dessen untendrückende Wirkung sie kennen, dem sie aber auch die eigenen Privilegien verdanken. Genau das macht ja das System stabiler als ein reiner Unterdrückungsstaat. Dosierte erhalten alle auch das Recht, wieder andere zu unterdrücken. Und die wenigen, die sich nur unterdrückt fühlen, sehen über sich nicht eine kleine Gruppe von Mächtigen, gegen die ein Kampf sinnvoll sein könnte, sondern eine große Masse von Menschen einschließlich ihrer Nachbarn, ArbeitskollegInnen, Familienangehörigen usw.

b. Die (Sach-)Zwänge ständig vergrößern

Die benannten Prozesse verschaffen dem Geld und den weiteren genannten Mitteln eine doppelte Wirkung: Sie machen gefügig – den Einzelnen gegenüber anderen, und andere gegenüber dem Einzelnen. Diese doppelte Wirkung ist entscheidend für die Stabilität des Systems, vor allem des ökonomischen Systems. Wirtschaftliche Potenz, vor allem in Form von Geld, bewirkt Herrschaftsstrukturen. Mit Geld können Menschen gekauft werden, jedenfalls ihre Arbeitskraft, oft aber auch mehr. Das allein aber würde zu Protesten führen, weil sich die Ausgebeuteten auch als solche begreifen würden. Soziale Unruhen in der Geschichte haben in diesem Begreifen des eigenen Ausgebeutetseins, der Abhängigkeit und der daraus resultierenden Machtlosigkeit ihre Ursache. Das gesellschaftliche System, dessen wesentlicher Pfeiler die ökonomischen Abhängigkeitsverhältnisse sind, mußte sich dann jeweils anpassen. Das Protestpotential wurde in fast allen Fällen dadurch abgebaut, daß wesentliche Teile integriert wurden. Aus Menschen, die nur abhängig waren, wurden nun solche, die selbst andere in Abhängigkeit von sich sahen. Die Zahl derer, die dieses Doppelleben führen (nach "oben" abhängig, nach "unten" dominant) ist in den letzten Jahrhunderten gewachsen und nimmt heute den Großteil der deutschen Bevölkerung ein. Im gleichen Zeitraum wurde der Schutz der heimischen Landschaft verstärkt, um die direkten Folgen der Ausbeutung im eigenen Land zu verringern. Um nachwievor ausreichend Arbeitskraft und Rohstoffe zur Verfügung zu haben, mußte als Ersatz das ökonomische Geschehen internationalisiert werden. Inzwischen agierten die Industrienationen weltweit, die Bevölkerung der meisten Länder Südamerikas, Afrikas und vieler Länder Asiens sind die "Gefügigen". Um deren Abhängigkeit zu steigern, wurden regionale Selbstversorgung (Subsistenzwirtschaft) und Handelsstrukturen systematisch zerstört. Die Menschen der passenderweise als "3. Welt" abgestempelten Länder sind zur Verfügungsmasse der Eliten und ihrer ArbeiterInnenschichten in den Industrienationen geworden. Zudem besteht innerhalb der Industrieländer nachwievor das Gefälle von Machteliten zu denen, die gefügig sind und andere beherrschen, bis zu denen, die überwiegend oder ganz abhängig sind. Letztere sind noch immer viele Frauen, auch wenn die Emanzipationsbewegung hier den typischen Veränderungsprozeß hervorruft: Deutsche Frauen kommen in den Kreis derer, die selbst auch mal andere dominieren dürfen – dafür werden Frauen aus dem Ausland gekauft (für Männer, die das immer noch brauchen) bzw. klassische Heimtätigkeiten von früher durch ausgebeutete Menschen in den gefügigen Ländern ausgeführt (z.B. Herstellung von Kleidung). Auch die AusländerInnen in Deutschland gehören zu der gefügigen gemachten Gruppen. Sie sind als Arbeitskräfte nach dem 2. Weltkrieg gerufen worden und füllten vor allem die Arbeiten aus, für die sich die Deutschen zu gut waren.

Das Erfolgsrezept der modernen ökonomischen Gesellschaft heißt: Beteilige immer so viele Menschen an den Fleischtopfen (Geld, Karriere usw.) und dem Privileg der Macht, daß sie stärker sind als die Ausgebeuteten. Dabei bedarf es noch nicht einmal einer zahlenmäßigen Mehrheit, weil ja die Mittel zur Durchsetzung für die Reichen und Mächtigen wesentlich besser sind (Waffen, Medien, Banken usw.). Die Welt zerfällt so in drei Teile: Erstens die Machtelite, ein Filz aus den Mächtigen der Wirtschaft, Politik, der Medien sowie wenigen anderen. Zweitens denen, die der Machtelite gegenüber gefügig sind (durch Geldzahlungen,

- 8 aus Angst, Karrierehoffnungen usw., meist aber durch mehrere dieser Gründe zusammen), selbst aber über genügen Mittel verfügen, wiederum andere für sich arbeiten zu lassen (im unmittelbaren Bereich oder, viel öfter, in den armen Ländern der Welt). Drittens die Mehrheit, die in ihrem Verhältnis gegenüber den anderen beiden Gruppen ausschließlich in Abhängigkeit ist und höchstens intern nochmals Hierarchien aufbaut (statt solidarisch zu handeln, was angesichts ihrer Lage die einzige Chance zur Veränderung wäre). Die drei Gruppen sind nicht starr abgegrenzt. Das würde das System auch destabilisieren, denn die Hoffnung auf den Aufstieg in die jeweils bessergestellte Gruppe steigert die Bereitschaft, gefügig zu sein, enorm. Ein elendes Leben gepaart mit Aussichtslosigkeit dagegen ist der Ausgangspunkt einer Revolte. Und die soll mit allen Mitteln verhindert werden.

Die Steigerung: Sozialer Rückbau

Trotz der beschriebenen Prozesse, immer wieder neue Kreise in die Machteliten aufzunehmen und international neue, gefügte BilliglohnarbeiterInnen zu finden (sozusagen als moderne SklavInnen, denen statt Ketten und Peitsche Verhundern und manchmal auch Gewehrkugeln drohen), gibt es seit einigen Jahren in Deutschland einen Prozeß, auch im Land die Zahl der Gefügigen, d.h. fast oder ganz Rechtlosen zu erhöhen. Sozialer Rückbau hat zum Ziel, mehr Menschen durch die Verknappung von Geld, Freiheit und Zeit in eine stärkere Abhängigkeit zu bringen, d.h. sie würden sich leichter und unter den "von oben" diktierten Bedingungen an die Industrie "verkaufen". Um diesen Prozeß zu erreichen, bedienen sich die Mächtigen eines einfachen, aber wirksamen Tricks. Sie berichten ständig und aufdringlich über einen wirtschaftlichen Niedergang. Dabei werden immer wieder Industriezweige in den Vordergrund gerückt, denen es tatsächlich schlechter geht (Kohleförderung, Baugewerbe). Das liegt aber nicht an der Gesamtlage der Wirtschaft, sondern an Veränderungen in der Nachfrage, die es immer gegeben hat und die immer einen Wandel nach sich zogen, d.h. daß einzelne Bereiche zurückgingen, während sich neue aufboten. Tatsächlich gibt es insgesamt und in den Gewinnerbranchen, z.B. Automobil- und Chemieindustrie, ein deutliches Wirtschaftswachstum.

c. Die Ökonomie verdrängt Politik und Gesellschaft

Der zur Zeit verheerendste Prozeß ist der Abbau politischer Entscheidungsstrukturen zugunsten der Wirtschaft. Abgebaut werden die Rechte der BürgerInnen (Beteiligung an Verfahren) und der Parlamente (Ökosteuer, MAI, Zentralisierung von Entscheidungskompetenz usw.). Am Ende steht eine umfassende Herrschaft der Ökonomie – einzelner Großkonzerne sowie der "Marktgesetze", die statt einer politischen Willensbildung das Leben dominieren werden. Die Menschen werden stärker in die Abhängigkeit ökonomischer Zwänge geraten, sich noch stärker "verkaufen" müssen und noch weniger Einfluß auf das Geschehen haben, weil nicht einmal per Wahlrecht noch etwas zu ändern ist, wenn die Parlamente entmachtet wurden.

Die für ein selbstbestimmtes Leben notwendige Entmachtung der Parlamente zugunsten der Menschen ist in noch weitere Ferne gerückt, wenn die Konzerne die wichtigsten Entscheidungen treffen. Das ökonomische System, zur Zeit also der Kapitalismus, hat die Politik besiegt.

d. Hinter allem: Die Herrschaftsstrukturen

Die Analyse der ökonomischen Strukturen zeigt das gleiche Ergebnis wie die Betrachtung anderer Bereiche der Gesellschaft: Im Kern sind die Probleme auf die Herrschaftsstrukturen zurückzuführen. In den selbsternannt zivilisierten Industrienationen haben Geld, Karriere, Ruhm und Schein – Sachzwänge die Rolle der früher dort und heute noch in in den meisten unterdrückten Ländern regierenden Geheimpolizeien und Folterkammern übernommen. Das bringt einen entscheidenden Vorteil: Es fällt nicht so auf. Die Mächtigen treten gar nicht öffentlich auf oder berufen sich auf die Demokratie, deren Fassade die Wahrheit verhüllt. Auch die Ökonomie ist von diesem zentralen Problem betroffen. Eine alternative Ökonomie muß daher auf dieses Grundübel eingehen. Vorschläge, die nur die kleinen, ökonomischen, nicht aber die globalen und die machtpolitischen Rahmenbedingungen verändern wollen, bleiben daher notgedrungen unwirksam oder helfen mit, Herrschaftsstrukturen abzusichern, weil diese dann dauerhafter (nachhaltig!) bestehen bleiben. Es ist höchst fraglich, ob nicht der Kollaps des bestehenden Systems die notwendige Voraussetzung für Veränderungen ist, währenddessen verschiedene Vorschläge einer sog. alternativen Ökonomie oder einer Ökologisierung der Wirtschaft diesen Kollaps nur verzögern und damit helfen, die Mächtigen noch für eine unbestimmte Zeit zu stützen. Ökosteuern oder ähnliche, mehr oder weniger weitreichende Konzepte (Zertifikatssysteme usw.) sind so einzuordnen. Sie verlängern die Periode, in der die Ausbeutung der Natur und der Menschen geschieht, der Ausblutungsprozeß wird gestreckt und damit einschneidende Veränderungen verhindert. Die Apostel der Nachhaltigkeit und Ökosteuerreformen sind die intellektuellen UnterstützerInnen der Mächtigen.

Zitiert: Aus dem Buch "Die Ökofalle" (S. 98)

Kapitalismus ist demnach ein machtpolitisches Konzept. Als eine Methode, Güter zu produzieren, läßt er sich nicht hinreichend beschreiben. Dafür sind seine Güter zu überflüssig und seine Methoden zu unwirtschaftlich. ... Letztlich geht es immer um darum, wer den Transfer von natürlichen Reichtümern, von produzierten Gütern und von Dienstleistungen zu sich hin erzwingen kann und wer nicht; wer in der Lage ist, soziale Macht und Dominanz auszuüben und wer nicht.

Nur diejenigen, die die Herrschaftsstrukturen als Auslöser erkennen, können einen echten Wandel herbeiführen. In Randbereichen der alternativen Ökonomie geschieht das bereits. Das zur Hauptaufgabe zu machen, ist die einzige Chance, den ausbeuterischen Alltag des industriellen Kapitalismus (auch bezeichnet als "Marktwirtschaft") und des Staatskapitalismus (bekannt und fast überall gescheitert als "real existierender Sozialismus") zu besiegen.

Nicht sinnvoll, weil unwirksam oder gar systemerhaltend, sind viele der als ökonomische Heilslehren auch in alternativen Kreisen angebotenen Ratschläge. Genannt seien beispielhaft die Ökosteuer- und Nachhaltigkeitsdebatte, die die zentralen Herrschaftsstrukturen ebenso außer Acht läßt wie die Zinstheorien der FreiwirtschaftlerInnen. Bemerkenswert ist auch, daß die AnhängerInnen solcher, die Herrschaftsstrukturen nicht in den Mittelpunkt stellender Theorien, oft auch zusätzlich Zweifel an ihrer Gesinnung aufkommen lassen, wenn sie z.B. Mitglied in den staatstragenden Parteien Deutschlands sind (NachhaltigkeitsdiskutantInnen vor allem in der SPD), die theoriebildenden Einrichtungen vom Staat finanziert werden (z.B. das

Zitiert: Aus dem Buch "Die Ökofalle" (S. 10/11)

Dieses Buch vertritt einige sehr einfache Thesen. Erstens, daß die gängigen Nachhaltigkeits-Studien nicht in der Lage sind, die ökologischen und sozialen Zukunftsprobleme zu lösen. Sie illustrieren zwar eindrücklich den Ist-Zustand, gerifen aber die prinzipielle, zerstörerische Dynamik der gegenwärtigen Entwicklung nicht an. Was sie propagieren, ist ein reformierter Öko-Kapitalismus, der vor allem das nationalchauvinistische Interesse der Industrieländer bedient. ...

Zweitens, daß es tatsächlich eine Krise der gegenwärtigen weltgesellschaftlichen Ordnung gibt. Nur ist es keine ökologische, sonder eine soziale Krise: eine Krise der Herrschaftsmittel und des Herrschaftssystems. ...

Drittens wird die These vertreten, daß die Krise eine prinzipielle ist, keine Übergangs- oder Anpassungskrise. Sie markiert den Grenzpunkt einer Entwicklung auch für die sozialen Bewegungen, deren Kritik und Theorie sich weiterentwickeln und verändern muß. Das Stürzen auf die Ökologie, das wir in diesen Theorien und Bewegungen derzeit erleben, ist oft ein Einfallstor dafür, an alten Fehlern, Vorstellungen und Illusionen festzuhalten. Ich nenne das die Ökofalle: Wenn Natur und Herrschaft getrennt voneinander gesehen werden, die ökologischen Verhältnisse von den Herrschaftsverhältnissen abgespalten werden, dann werden die historisch-kritischen Erfahrungen der sozialen Bewegung wieder verdrängt, und eine zueitgemäße Kritik der Verhältnisse schlägt fehl.

Die politische Forderung: Selbstbestimmung

Zielbild: Die Menschen stehen im Mittelpunkt. Alle Menschen sind frei und gleichberechtigt. Was zwischen ihnen bzw. zwischen den Organisationen und Gruppen, zu denen sich Menschen zusammenschließen, geschieht, erfolgt auf der Ebene freiwilliger Vereinbarungen. Die Existenz von Strukturen, die den Menschen die Regelung ihres Zusammenlebens abnehmen, widerspricht dem Prinzip der Selbstbestimmung.

Mehr Selbstbestimmung geht von allen gesellschaftlichen Veränderungen aus, die politische Entscheidungsrechte dezentralisieren und in die Hand der Menschen selbst legen, die übergeordnete Strukturen schwächen oder abschaffen. Übergeordnete Strukturen müssen in ihren Handlungen durch die Menschen legitimiert sein, und nicht durch Gesetze, Geld oder Besitz. Weniger Selbstbestimmung geht von allen gesellschaftlichen Veränderungen aus, die Handlungs- und Durchsetzungsrechte schaffen, ohne daß diese durch Menschen legitimiert wird. Geldzahlungen oder Repression, um Menschen gefügig zu machen, widersprechen der Selbstbestimmung. Ihre Bedeutung zu verringern bis zu ihrer Abschaffung entspricht den Ziel der Selbstbestimmung.

Grundziel "Selbstbestimmung"

Alle Menschen sind frei. Alle menschlichen Gemeinschaften (Dörfer, Stadtteile/Wohnviertel, Vereine, Parteien, Betriebe usw.) müssen selbstverwaltet sein, d.h. auf freiwilligen Vereinbarungen der Menschen beruhen. Kein Mensch ist gezwungen, solche Verbindungen einzugehen, die individuelle Alternative muß grundsätzlich bestehen (Chance zur Subsistenz der Einzelnen oder kleiner Gruppen).

Grundproblem der heutigen Wirtschaftsstruktur

Durch Geld, Zerstörung der Eigenversorgungsstrukturen und direkte Unterdrückungsmaßnahmen werden Menschen in letztlich unbegrenzten Massen verfügbar gemacht für die Zwecke von wenigen. Die Menschen sind heute mehr oder weniger gezwungen, sich den bestehenden Systemen anzupassen. Individuelle Überlebensstrategien sind genauso erschwert wie die Bildung autonomer, selbstverwalteter Strukturen. Diese Tendenz wird verstärkt, wenn alle politischen Probleme durch ökonomische Lösungen bearbeitet werden.

Erhoffte Folgen der Selbstbestimmung

Grundthese: Wenn alle menschlichen Arbeitsstrukturen (Betriebe und Teile derselben) selbstverwaltet organisiert wären, wäre eine Ausbeutung von Mensch und Natur nur sehr schwer möglich. Ausbeutung beruht auf dem Prinzip der Verfügbarmachung von Arbeitskraft oder anderen gewollten menschlichen Eigenschaften (Reproduktion, Erziehung usw.). In selbstverwalteten Strukturen fällt diese Verfügbarmachung im Binnenverhältnis weg, d.h. innerhalb eines Betriebes kann keine Einzelperson über eine andere oder gar ganz viele andere verfügen. Wenn alle Betriebe selbstverwaltet sind, werde auch zwischen den Betrieben andere Verhältnisse entstehen.

Gleiches wie für die Arbeitenden (ein Projekt = wirtschaftlicher Vorgang entsteht nur, wenn die daran Beteiligten es wollen) müßte auch für das Geld (solange es existiert) gelten. Geld kann nur dort investiert werden, wo es Menschen in freier Entscheidung dafür bereitstellen. Eine Vergabe "von oben" findet in einer Ökonomie von unten nicht statt.

All das kann nur entstehen, wenn die Menschen aus den ökonomischen Zwängen befreit werden. Die Zurückdrängung der Ökonomie ist deshalb wichtigstes Ziel einer "Ökonomie von unten". Dazu gehört eine Vielzahl von Teilhandlungen, z.B. die Änderung gesetzlicher Rahmenbedingungen, der uneingeschränkte Freiraum für Subsistenz/Selbstversorgung, eigenständige Klein-Ökonomien (Tausch, Gütergemeinschaften), kein Zwang zur Bereithaltung für den Arbeitsmarkt, Eigenwirtschaft und Selbstorganisation usw.

Die folgenden Szenarien gelten für die Annahme, daß es eine "Ökonomie von unten" gibt, also wirtschaftliches Handeln nur noch entsteht, wenn sich Menschen in freier Entscheidung dazu entschließen.

Folge 1: Der Bau von Großanlagen oder zentralen Versorgungsstrukturen ist nicht oder kaum möglich, weil sich kein Mensch

Freiwillig (also ohne Verfügbarmachung über Lohnzahlung oder Unterdrückungsmaßnahmen) dafür bereitfinden wird, über viele Jahre und ohne eigene Identifikation an solchen Mammutprojekten zu arbeiten.

Folge 2: Lokale und regionale Bezüge werden gegenüber überregionalen und internationalen Arbeitsstrukturen und Handelsbeziehungen bevorteilt, weil internationale Geflechte ständig Transport- und andere Leistungen verlangen, die auf der Ausbeutung von Mensch (BilliglohnarbeiterInnen) und Natur (Rohstoffen) basieren. Wenn alle (!) Betriebe selbstverwaltet sind, werden auch im Trikont Kollektive als Gesprächspartner für Kollektive aus dem reichen Norden bereitstehen und keine ausbeutbare, verfügbare Masse Mensch. Handel funktioniert direkt.

Folge 3: Es wird viel mehr und kleinere Betriebe bzw. Betriebseinheiten geben, da nur diese selbstverwaltet arbeitsfähig sind. Kooperationen werden durch freiwillige Vereinbarungen und nicht von oben oder per Bankensteuerung geschlossen. Die Arbeitsformen werden flexibler, was auch bedeuten kann, daß alle Menschen ihren Fähigkeiten und Zeitmöglichkeiten gemäß arbeiten.

Folge 4: Gewerkschaften und ArbeitgeberInnenverbände gibt es nicht mehr. Die Menschen vertreten sich selbst.

Sofort-Forderungen

Ziel und Forderung ist eine grundlegende Änderung der Herrschaftsverhältnisse sowie der bestehenden Machtmittel, von denen eines die bestehenden ökonomischen Zwänge sind. Fraglich ist, ob in einem solchen Zielbild Währungen, Ökonomie bzw. (Erwerbs)Arbeit überhaupt noch vorhanden wären oder eine wesentliche Rolle spielten gegenüber selbstbestimmten Prozessen in freiwilligen Zusammenschlüssen. Dennoch können auch sofort und innerhalb des bestehenden Systems Veränderungen erreicht werden, die einer selbstverwalteten Wirtschaftsstruktur Vorteile verschaffen. Sie dürfen nicht davon ablenken, weitergehende Veränderungen einzufordern.

Forderung 1: Abbau aller Verbote und Regeln, die das Ausbrechen aus ökonomischen Zwängen erschweren!

Überprüfung aller Gesetze, wieweit sie selbstverwalteten Betrieben und subsistenzorientierten ökonomischen Strukturen im Weg stehen bzw. diese benachteiligen. Streichung aller Kontrollmöglichkeiten für Kammern, Zünfte usw. bei der Zulassung neuer Betriebe. Weg mit dem Ausbildungszwang als Voraussetzung für ökonomische Tätigkeit. Legalisierung von Selbstversorgung, Subsistenz, gegenseitiger Hilfe ("Schwarzarbeit") usw.

Forderung 2: Stoppen aller Bevorteilungen hierarchischer (Groß-)Konzern!

Streichung aller Subventionen und rechtlichen Bevorteilungen für nicht-selbstverwaltete Betriebe.

Forderung 3: Förderung selbstverwalteter Betriebe und ökonomischer Partnerschaften!

Aufbau eines Beratungsschwerpunktes für Wirtschaftsberatung und Wirtschaftsförderung in Sachen selbstverwalteter Strukturen.

Bevorzugung kollektiver Betriebe bei der Vergabe von Aufträgen durch Staat, Gemeinden und Organisationen.

Forderung 4: Kollektive und gleichberechtigte Ökonomien aufbauen!

Umbau aller staats- und gemeindeeigenen Betriebe und Werke zu selbstverwalteten oder den BürgerInnen gehörenden Betrieben. Vergabe von gemeindebezogenen Versorgungsleistungen in selbstverwaltete Betriebe in BürgerInnenhand (z.B. Energieversorgung).

Ausschließliche Vergabe von Entwicklungshilfe an kollektive organisierte Betriebe und Gemeinschaften der Betroffenen.

Beschlußfassung in Kommunen, beim Verkauf neuer oder reaktiverter Gewerbeflächen nur kollektive Betriebe auszuwählen oder zu bevorzugen.

Vergabe von Forschungsgeldern ausschließlich für umweltverträgliche und menschenfreundliche Technologie und Produktionsweisen. Bevorzugung von Kollektiven bei der Mittelvergabe (Beschlußfassung in Kommunen, Organisationen und Verbänden bei Auftragsvergabe).

Forderung 5: Mitbestimmung im Betrieb sowie in der Gesellschaft fördern!

Schaffung von Transparenz, d.h. Zugänglichkeit von Informationen über Produktionsweisen, Emissionen und die innerbetrieblichen Entscheidungsstrukturen für die Öffentlichkeit.

Erhalt, Stärkung oder Schaffung der alleinigen kommunalen oder (besser) lokalen Entscheidungshoheit für Gewerbeansiedlungen mit Möglichkeit der direkt-demokratischen Einflußnahme durch BürgerInnenentscheide. Keine Typengenehmigungen durch höhergestellte Behörden. Keine Investitionsförderungen "von oben".

Schaffung direkt-demokratischer Mitspracherechte bei der Vergabe von Rechten auf die Nutzung von Boden, Wasser und Luft. Kein "Verbrauch" von Gütern, die der Allgemeinheit zustehen, ohne Zustimmung der Menschen der betroffenen Region.

Ökonomie ist nicht alles

Selbst wenn eine Veränderung der Wirtschaftsstrukturen bereits eine weitgehende Wirkung haben kann, ist sie allein nicht die Lösung der gesellschaftlichen Probleme, denn die Erwerbsarbeit ist nur ein Teil des Lebens. Kollektive Entscheidungsstrukturen müssen ebenso in allen anderen Bereichen der Gesellschaft Platz finden. Ziel ist eine "Gesellschaft von unten", d.h. die Selbstbestimmung der Menschen und ihrer freiwilligen Zusammenschlüsse. Sofortmaßnahmen können sein:

Basisdemokratie und/oder Autonomie der Einzelgruppen ...



- in Vereinen, Kirchen, Gewerkschaften usw.
- in Parteien und Gremien
- bei politischen Entscheidungen überhaupt (dezentrale Entscheidungskompetenzen, direkte Demokratie und Betroffenenvertretungen)

Politisch notwendig wären hier u.a. die Änderung der Gesetze, die die Rahmenbedingungen für Parteien, Vereine usw. und dort regelmäßig hierarchische Strukturen (Vorstände u.ä.) vorschreiben, die Änderung der Förderungsrichtlinien, die kollektive Strukturen bislang von der Förderung ausschließen, die Schaffung einer Rechtsfähigkeit von kollektiven Gruppen usw.

Im Einzelnen sind u.a. folgende Punkte wichtig:

- Dezentralisierung politischer Entscheidungen (von Bund auf Länder bzw. Kreise und Gemeinden)
- Schaffung einer Entscheidungsbefugnis für Straßenzüge, Wohnviertel und Ortsteile
- Akteneinsichtrecht
- Möglichkeit der Bildung von Betroffenenräten mit Vetorecht gegen politische Entscheidungen
- Einführung der direkten Demokratie auf allen Ebene und mit ausführbaren Durchführungsvorschriften
- Umkehr der Beweislast statt vieler Grenzwerte und Paragraphen: Wer Boden, Wasser, Luft oder die menschliche Arbeitskraft nutzen will, muß die Unbedenklichkeit beweisen (zur Zeit ist es umgekehrt).

Politische Aktion für eine "Ökonomie von unten"

Selbstbestimmung entsteht nicht von selbst. Sie muß erarbeitet und erkämpft werden erarbeitet, d.h. durch den Aufbau eigener Strukturen als Alternative zum herrschenden System, und erkämpft, weil dieses System mit seinen Zwängen den Aufbau nicht zulassen wird, jedenfalls nicht über eine Schmerzgrenze hinweg. Wer aber "Ökonomie von unten" oder eine "Gesellschaft von unten" will, muß auch den Erfolg wollen und damit auch den Konflikt mit den Herrschenden.

Politische Aktion für eine "Ökonomie von unten" steht auf drei Säulen:

1. Ökonomie zurückdrängen, Freiräume schaffen!

Alle ökonomischen Regeln (Gesetze, Machtverteilungen z.B. bei der Geldvergabe usw.) müssen gebrochen werden. Ökonomie dient dem Leben und den Menschen. Wirtschaft findet statt, wenn sich freie Menschen frei vereinbaren. Wirtschaft bedarf überhaupt keiner Verregelung und keines "Schutzes des Staates". Über Rohstoff- und Flächenverbrauch sowie alle wirtschaftlichen Vorgänge entscheiden die Menschen selbst. Die Freiheit jedes/r Einzelnen, aus eigener Kraft zu leben, (Subsistenz) muß voll erhalten bleiben bzw. neu erkämpft werden gegen die Macht der Ökonomie.

2. Der herrschenden Ökonomie den Kampf ansagen!

Es gibt nichts Richtiges im Falschen. Solange dieses System besteht, wird es nicht möglich sein, Alternativen in größerem Umfang zu entwickeln. Daher muß zum Ziel einer "Ökonomie von unten" der Kampf gegen die Ökonomie von oben hinzu kommen jeweils mit angemessenen, kreativen, d.h. angesichts der Lage deutlichen Mitteln. Wenn "alternative Ökonomie" den herrschenden Kapitalismus nicht zurückdrängt, wird sie von ihm zerrieben überrollt oder, wie in der jüngsten Vergangenheit sehr häufig, geschluckt, quasi aufgekauft.

3. Alternative Ökonomie schaffen!

Der Aufbau von Alternativen ist wichtig, um Keimzellen für eine andere Gesellschaft zu legen. Allerdings müssen es auch echte Alternativen sein, d.h. ihre Form und ihre Prozesse müssen sich danach richten, was die Menschen wollen (Selbstbestimmung), und nicht danach, was z.B. für das Erhalten staatlicher Anerkennungen oder Zuschüsse nötig ist. Zudem müssen Keimzellen auch die Chance in sich bergen, sich aus eigener Kraft weiterzuentwickeln und nicht nur innerhalb des bestehenden Systems überlebensfähig zu sein.

Die bestehenden Projekte (Kommunen, Tauschringe usw.) genügen diesen Anforderungen nicht. Sie sind in der Regel keine Entwürfe für eine andere Gesellschaft, sondern stark von den bestehenden Wirtschaftsstrukturen a

Neuerscheinung!

Agenda. Expo. Sponsoring - Recherchen im Naturschutzfilz
Geld regiert den Umweltschutz! Das Buch zeigt den Filz zwischen Staat, Wirtschaft und Umweltverbänden, den Einfluß rechter und esoterischer Kreise sowie Mängel in Strukturen und Strategien der Umweltbewegung.
Autor: Jörg Bergstedt ISBN: 3-88939-615-5 39,80 DM IKO-Verlag

Bestelladresse: Büchertisch, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen.
Nähere Infos einschl. ReferentInnenliste gegen 1,10 DM in Briefmarken.

Weitere Bücher erhältlich:

Nachhaltige Weltbilder
Kritik an der Nachhaltigkeitsdebatte. 189 S., 7 DM.

Ö-Punkte
Schwerpunktheft des Umwelt-Infodienstes zur Agenda 21 (Heft 1/98) und zur direkten Demokratie (Heft 2/98). Je: 64 S., 5 DM.

Graue Seiten
Kommentiere Umweltadressenliste. 56 S., 4 DM.

Aktionsmappe Umwelt
Tips für Basis-Umweltgruppen. A4-Ordner mit 280 S., 20 DM.



Ideen für alternative Betriebe

Die politischen Veränderungsmöglichkeiten, die in "alternativer Ökonomie" stecken, sind lange überschätzt worden. Betriebe, die sich solchen Ideen verschrieben, haben Ökonomie im Kleinen verändert, aber übersehen, daß es vor allem darum geht, die ökonomische Orientierung zurückzudrängen. Selbstverwaltete Betriebe haben ökonomische Gesetze und Regeln eher sogar verstärkt in das Leben der MitarbeiterInnen sowie der "alternativen Bewegung" gebracht. Dennoch: Die Entscheidung, ob Hierarchien bestehen oder nicht bzw. ob eine "alternative Ökonomie", die auf die Ausbeutung von Mensch und Natur verzichtet, wenigstens ein Stück zur Wirklichkeit wird, fällt auch in den Betrieben selbst. Die politischen Rahmenbedingungen können das fördern oder, wie aktuell der Regelfall, verhindern. Im folgenden werden einige Merkmale für selbstverwaltete Betriebe benannt, wie sie im Bestehenden realisierbar sind:

Kleine Betriebe schaffen

Grundsätzlich gilt, daß hierarchiefreie bzw. -arme Räume nur dort entstehen können, wo die Gruppe der beteiligten Menschen und der Umfang der Arbeit selbst überschaubar klein ist. Daher ist ein erster Schritt, die richtige Größenordnung zu erreichen. Große Betriebe müssen in selbständige Einheiten mit bis zu 20 Personen, besser weniger, zerlegt werden. Die Vernetzung dieser im Rahmen umfangreicherer Fertigungsprozesse muß von unten organisiert sein, d.h. die selbständigen Einheiten bestimmen Delegierte für einen Koordinationsrat, in dem alle Personen gleichberechtigt sind.

Kollektive Besitz- und Entscheidungsstrukturen

Alle an einem Betrieb (unterste Einheit) beteiligten Menschen sind gleichberechtigt. Was alle angeht, entscheiden alle gemeinsam (Plenum). Ob im Mehrheitsprinzip, mit qualifizierter Mehrheit (zwei Drittel oder drei Viertel müssen zustimmen) oder gar im Konsens abgestimmt wird, muß die Gruppe selbst für sich festlegen. Konsens ist dabei zwar ein in größeren Gruppen oft schwieriger Prozeß, führt aber zur einem besseren Schutz von Minderheiten und "zwingt" oft zur Suche nach kreativen, neuen Wegen, wo bei Mehrheitsabstimmungen Bedenken schon weggefegt würden.

Die kollektiven Abstimmungsverfahren sind dann optimal abgesichert, wenn auch alle formal die gleiche Entscheidungsgewalt und Verantwortung haben. Das ist dann der Fall, wenn der Betrieb allen gemeinsam gehört, z.B. als Aktiengesellschaft der MitarbeiterInnen oder in vergleichbarer Konstruktion. Besser sind oft vertragliche Regelungen, weil dieses das einzige, auch vom herrschenden Rechtssystem anerkannte (und damit sicherere) Verfahren ist, auf gleichberechtigter Ebene zwischen allen Personen sowie zwischen juristischen Personen (Betriebe, Organisationen) und den betroffenen Menschen Regelungen zu schaffen. Ist die Kündigung nur einvernehmlich oder sogar nur von Seiten der Menschen möglich, entmachtet sich die Organisation und die Menschen regieren! In Verträgen sind kollektive Prozesse, Konsens usw. festlegbar, während Vereins-, GmbH-, Genossenschafts- und weitere Gesetze immer Hierarchien vorschreiben.

Autonomie der Teile des Ganzen (Projektfreiheit)

Was nicht alle angeht, sollten auch nur diejenigen entscheiden, die davon betroffen sind innerhalb dieser Teilgruppe sind wiederum alle gleichberechtigt. Das Verlagern von Entscheidungen auf die tatsächlich Betroffenen steigert die Effizienz und hilft, langatmige Entscheidungsprozesse zu verhindern. Die sind nämlich in vielen Fällen der Grund, warum kollektive Strukturen auseinanderbrechen.

Umwelt- und Sozialverträglichkeit der Arbeitsverfahren und -ergebnisse

Sowohl die Arbeitsbedingungen (Produktionskreisläufe, Umweltbelastung, Arbeitsplatzqualität usw.) als auch die Produkte bzw. Dienstleistungen selbst sollten an dem Ziel orientiert sein, die Ausbeutung von Mensch und Natur zu verhindern oder mind. auf ein Minimum zu reduzieren. Langlebigkeit, Reparierbarkeit usw. bei technischen Geräten, Möbeln, Häusern usw. sowie energie- und rohstoffsparende Herstellung bzw. Wiederverwertbarkeit sind ebenso wichtige ökologische Kriterien wie der Verzicht auf Giftstoffe im Produkt bzw. im Herstellungsprozeß. Die Ausbeutung von Menschen bezieht sich auf die MitarbeiterInnen im Betrieb sowie auf weitere Menschen, die bei der Rohstoffgewinnung, im Handel oder in der Zulieferindustrie ausgebeutet, vertrieben oder gefährdet werden. Auch das Produkt bzw. die Dienstleistung selbst sollte nicht zur Naturzerstörung oder zur Unterdrückung von Menschen eingesetzt werden (können). Nach diesen Kriterien sind auch Zulieferfirmen und -produkte auszuwählen.

In der Werbung sollten die Punkte Umwelt- und Sozialverträglichkeit so dargestellt werden, wie sie auch bestehen (Transparenz).

Vernetzung und Solidarität

Zwischen Betrieben, die ökologische und soziale Kriterien verwirklichen, sollte eine Zusammenarbeit und Solidarität, d.h. Hilfe in Notfällen bestehen. Die Zusammenarbeit kann sich auf gemeinsame Arbeitsprozesse und die gegenseitige Bevorzugung bei Aufträgen beziehen. Kollektive werden leben, wenn viele Menschen, die das Ziel des Abbaus von Herrschaftsstrukturen im Kopf haben, ihre eigenen Aufträge an solche Firmen vergeben, die die Kriterien auch erfüllen.

Politisches Engagement

Betriebe sichern das persönliche Einkommen der dort Mitwirkenden. Sie sollten aber auch die finanzielle Basis für politische Aktivitäten sein, denn eine eigenwirtschaftliche Basis bedeutet Unabhängigkeit. Denkbar ist die bewußte Verknüpfung in der der laufenden Arbeit, wenn betriebliche Tätigkeit mit politischer vereinbar ist, z.B. Eintreten für alternative Energien oder eine andere Energiepolitik zusammen mit einem Solarbetrieb. Oder die Herausgabe einer alternativen Zeitung als Druckerei. Vorstellbar ist auch, ein thematisch anders gelagertes Projekt zu unterstützen bzw. selbst durchzuführen, d.h. Betrieb und ein gewähltes Projekt (oder mehrere) als Kombination zu sehen. Der Betrieb finanziert dann das Projekt. Betriebe sollen immer klarstellen: Es gibt nichts Richtiges im Falschen. Gegen das Falsche zu kämpfen oder die zu unterstützen, die das tun, muß dazugehören. Zudem protieren die Firmen von der Bewußtseinsarbeit der Initiativen selbst ohne direkte Werbung!

Alternative Tausch- und Zahlungssysteme

Betriebe, Lebens- und Wohngemeinschaften, Familien, Vereine und Einzelpersonen können sich aus den offiziellen Geldflüssen wenigstens teilweise ausklinken und ein eigenes Zahlungssystem schaffen. Sie vereinbaren gegenseitige Hilfe, Dienstleistungen und Produktverkauf. Dabei werden alle Arbeiten gleich bewertet, in der Regel nach einem System, daß sich an der eingesetzten Zeit orientiert. Ob der Bau einer Solaranlage, das Backen von Brot, das Helfen beim Umzug oder Hausausbau, Kochen, Gartenarbeit oder das Betreuen von Kindern, Alten usw. alles hat gleichen Wert in einem Tauschring. Zur Bewertung kann auch eine alternative Währung eingeführt werden, die sich an entsprechenden Maßstäben orientiert. Tauschmärkte usw. ergänzen das System.

Zurückdrängen der Ökonomie

Alternative Betriebe müssen bei der übergreifenden Aufgabe mitwirken, die Orientierung der Gesellschaft an ökonomischen Zielen und Regeln mitzuwirken. Dazu gehört, daß die Freiheit und Unabhängigkeit der Mitwirkenden erhöht werden muß. Der Zwang zur Ausbildung oder zu regelmäßigen Arbeitszeiten muß verringert bzw. abgeschafft werden. Sinnvoller kann sein, Menschen nach ihren tatsächlichen Fertigkeiten und Interessen arbeiten und ihre Zeit frei bestimmen zu lassen. (Gesamtarbeitszeit und Verteilung). Bei fast allen Betriebsformen ist möglich, mit den KundInnen jeweils individuelle Zeitrahmen zu vereinbaren – ausgehandelt von den Personen, die die Arbeit dann auch ausführen.

Betriebe können der Teilung in Arbeit und Leben entgegenwirken, in dem sie Möglichkeiten schaffen, daß sich z.B. Familien, Beziehungen oder Gruppen gemeinsam an Arbeitsprozessen beteiligen. Ökonomie darf nicht weiter die Trennung in Erwerbsperson und "familiärem Anhang" vollziehen.

Insgesamt ist die isolierte Stellung von Betrieben sehr fragwürdig. Selbstbestimmtes Arbeiten, das nicht nur durch den Takt von Maschinenlaufzeiten und Aufträgen geprägt ist, kann meist besser gelingen, wenn Betriebe Teile von größeren Einrichtungen sind, z.B. alternativen Projekten mit sozialen und weiteren Einrichtungen. Das Ziel betrieblicher Arbeit ist die Sicherung des Grundeinkommens, wobei die daraus folgenden Zwänge so klein wie möglich sein sollen.